

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 355. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 31. Juli 1912.

Wegpreis für Halle und Querzeile 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich monatlich. — Preis: 1.50 M. für den halbjährigen Abonnenten (inkl. Postgebühren). Zil. Unterhaltungsbeitrag (Sonntagsheft), Samstags- und Wochenausgaben.

Abgabegebühren für die (eigentlich) unentgeltliche oder deren Raum für Halle u. den Querzeile 20 Pf., auswärts 30 Pf. — Resten am Schluss des redaktionellen Teils die den 100 Pf. Abgabegebühren nach der Vertheilung in Halle a. S. und bei allen bekannten Unannehmlichkeiten.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 135 u. 158. Abonnementstellen 1272. Vertreter: Dr. Walter Grottelmann in Halle a. S.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt Kurirtel Nr. 6290. Preis und Verlag von C. F. W. Meißner in Halle a. S.

Eine Dreibund-Frage.

Wie uns aus Wien mitgeteilt wird, will sich die österreichische Heeresverwaltung auf seinen Fall mit der Ablehnung ihrer Forderung der Modernisierung des Geschützwehrens begnügen, sondern die Hilfe der Krone anrufen, um jenen Beschluß des Ministerrates, der die von den militärischen Autoritäten verlangte völlige Umverfassung der österreichischen Artillerie ablehnt, wieder umzuwenden. Daß solches Vorgehen der Heeresverwaltung seiner verfassungsmäßigen Eigenart entfremdet entzinkt, sondern pflichtmäßigen Ermessen, ergibt sich aus der Lage der Dinge. Denn kein Kriegsminister könnte es verantworten, das Heer, dessen Verwaltung ihm anvertraut ist, mit einem Geschützmaterial ausgerüstet zu lassen, das in Ernstfällen den technischen Anforderungen der Neuzeit nicht genügt. Darum wird man in allen Kreisen, die ein Interesse daran besitzen, Österreich-Ungarns Armee schlagfertig und kriegsbereit zu wissen, die Initiative der österreichischen Heeresleitung mit Freuden begrüßen. Bei dem hohen verfassungsmäßigen Rang des Reichsoberhauptes der Donaumonarchie ist schon jetzt auf den Gang der österreichischen Politik auszuwirken, darf man erwarten, daß die an die Krone gerichteten Vorstellungen der österreichischen Heeresverwaltung die erforderliche Beachtung finden. Denn nicht bloß die Erhaltung der Schlagfertigkeit des österreichischen Heeres sprechen für Aufhebung des die Heeresverwaltung ablehnenden Beschlusses des Ministerrates, sondern Gründe der hohen Politik. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Österreich-Ungarn gegenwärtig mehr denn je darauf bedacht sein muß, die Machtstellung, die es dank der Klugbedeutung durch Deutschland im Südosten Europas erlangen hat, zu behaupten und zu befestigen. Zu diesem Zwecke hat ja die Regierung der Donaumonarchie bereits den Ausbau der österreichischen Flotte in Angriff genommen. Sie wird in erster Linie die Aufgabe haben, das Ansehen des Doppeladlers in der Levante sicherzustellen. Mit dem Ausbau der Seestreitkräfte muß aber auch die Modernisierung der Landmacht Hand in Hand gehen, besonders im Hinblick darauf, daß das alte Wehrwesen, zu dem Österreich-Ungarn zur Erhaltung seiner Machtstellung gezwungen sein könnte, auf dem Wege zum Untergang gebracht werden würde. Die militärischen Maßnahmen Italiens an der österreichischen Grenze, die russischen Truppenkonzentrationen in Polen und Bosphorien, die Haltung der Serben, der italienischen Yverdena usw. sind doch gewiß nicht belanglos. Und gerade die Tatsache, daß Österreichs Artillerie mit ihrer Bronzebeschützung in militärischer Hinsicht den mit Stahlrohrgeschützen ausgerüsteten Gegnern nachsteht, dürfte die Feinde der Donaumonarchie anspornen, die Gelegenheit der relativ geringeren Schlagfertigkeit des österreichischen Heeres politisch auszunutzen. Zweifellos werden diese Ermügunen, die im Ministerrat der Donaumonarchie außer acht gelassen wurden, an höchster Stelle volle Würdigung finden.

Deutschland hat daran ein lebhaftes Interesse. Denn nur solange Österreichs Kriegsmacht einen dem deutschen Heere entsprechenden ausgleichenden Faktor darstellt, hat der Dreibund in der hohen Politik eine Bedeutung. Wenn dem Augenblick über, wo Österreich-Ungarn über eine erstklassige Kriegsmacht nicht mehr verfügt, sind den Gegnern Deutschlands alle Chancen gegeben. Sollte daher, wie der österreichische Ministerrat wollte, die Ausrüstung der österreichischen Artillerie mit modernen Schlaggeschützen unterbleiben, d. h. würden die Vorstellungen der Heeresleitung der Donaumonarchie an höchster Stelle Ergebnis bleiben, dann ist Deutschland bei dem etwaigen Ausbruch eines Krieges loszulegen auf sich selbst angewiesen, weil Österreich-Ungarns Heer dann eine volle Schlagfertigkeit nicht besitzt.

Die ungarischen Minister, die gemeinsam mit ihren sächsischen Kollegen jenen bedenklichen Beschluß im Ministerrat herbeigeführt haben, begnügen damit gewissermaßen Berath an Bündnisse mit Deutschland, mit dem aber auch Österreich-Ungarns Machtstellung liegt und fällt.

Sie können es nicht lassen.

Die liberalen Verhörer haben jenen beschließenden und unangenehmen Beschluß auf die Reichstagskommission zurückzuführen, d. h. die alten über dieses Wehr verbreiteten Unklarheiten in laudablen Variationen zu wiederholen, ja den alten Verdröhnungen gelegentlich selbst heute noch neue Entstellungen hinzuzufügen. So lesen wir in einem „Steuererbärber“ überschriebenen Artikel der „National-liberalen Blätter“ folgenden heuchlerischen Ertrag: „Nichts hat wohl das Ansehen der letzten großen Steuererhebung vom Jahre 1909 so sehr geschädigt als der ible Eindruck, den das systemlose Herumhüpfen nach neuen Steuern auf den Bürger machen mußte. Selbe, was helfen muß — das ist schließlich, nachdem es das wohlbedachte erste Steuerprogramm der Regierung durchbrochen worden war, der einzig leitende Gedanke zu sein.“ Man traut nachschauen seinen Augen nicht, wenn man so etwas gerade in einem national-liberalen Organ zu lesen bekommt. Denn da doch

wohl nicht annehmbar ist, daß der national-liberale Artikel-schreiber seiner eigenen Partei den Vorwurf machen will, sie habe „das wohlbedachte erste Steuerprogramm der Regierung durchbrochen“, so muß angenommen werden, daß er jenen Vorwurf gegen die damaligen Mehrheitsparteien erheben will. Das wäre nun allerdings ein ganz besonders starkes Stück. Sind es doch ganz vornehmlich die National-liberalen gemeint, die an dem ersten Steuerprogramm der Regierung nicht ein gutes Haar gelassen und dementsprechend in den Kommissionen auch gehandelt haben. Zunächst haben sie, woraus ihnen von dieser Stelle kein Vorwurf gemacht werden will, woran aber immer wieder erinnert zu werden verdient, die „wohlbedachte“ Maßlagsteuer genau ebenso abgelehnt, wie die sämtlichen Mehrheitsparteien es getan haben. Dann aber haben sie auch nahezu allen übrigen von der Regierung vorgelegten Steuern teils grüßlich, teils in dem Reichshofamt vorgeschlagenen Form den ichärfsten Widerstand entgegengebracht. Wenn Labaf empfahl die Regierung die Einführung einer Vordrohsteuer — die National-liberalen stimmten dagegen, nachdem der national-liberale Abgeordnete Gänge hier bereits vorher gegen jede Mehrbelastung des Labafs ausgesprochen und der Abgeordnete Weber die zur Zigaretten vorgelegten Sätze „für gar nicht diskutierbar“ bezeichnet hatte. Das dann im weiteren Verlaufe der Kommissionsverhandlungen die National-liberalen sowohl den ausländischen wie den inländischen Labaf sogar noch weit höher beizusetzen wollten, als es dann tatsächlich geschehen ist, ändert aber nichts an der Tatsache, auf die es hier allein ankommt, daß die National-liberalen die Vordrohsteuer der Regierung hinsichtlich der Tabaksteuerung rundweg abgelehnt haben. Ferner fand der Entwurf des Reichshofamts über die Weinsteuer keine Gnade vor den Augen der National-liberalen. Trotz dieser allseitsmächtig feststehenden Tatsachen wird ohne Zweifel noch oft von national-liberaler Seite mit einem entzückten Entzücken auf den „schwarzbunten Wolf“ das „wohlbedachte erste Steuerprogramm der Regierung“ aus der Verlesung hervorgeholt werden.

Zum Tode des Kaisers von Japan.

Der Kronprinz hat im Palaste in Gegenwart der Minister den feierlichen Eid auf die Verfassung geleistet. Der Hof legt auf ein Jahr Trauer an. Für die Nationaltrauer sind außer dem Tage der Verfassungsfierlichkeit drei Tage vorgeschrieben.

Der japanische Landtag ist zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, um der kaiserlichen Familie sein Beileid auszusprechen und die Ausgaben für die Bestattung des Kaisers zu bewilligen. Der neue Kaiser hat sich in den Yonana-Palast zurückgezogen, wo er heute die Minister, Räte und andere Würdenträger empfangen wird. Der Geheimrat hat nach dem Vorhinein, die neue Form: Taicai oder die große Rechtlichkeit zu nennen. Die Bestattung des Kaisers wird in Tokio erfolgen, gemäß einem Geheiß, das allerdings von dem Kaiser Mitsuhiito nicht mehr unterzeichnet worden ist. Unmittelbar nach der Thronbesteigung des neuen Kaisers wurde der kaiserliche Ahnentempel nach dem Shinto-Ritus ausgeschmückt und Opfergaben an Lebensmitteln wurden auf dem Altar niedergelegt.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann hat dem Dienstagvormittag auf der Berliner japanischen Botschaft einen Besuch ab, um das Beileid der kaiserlichen Regierung auszusprechen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt zum Tode des Kaisers: „Der Trauer der japanischen Völker um den Verlust eines geliebten und verehrten Herrschers schließen wir uns voll aufrichtiger Teilnahme an. Dem ersten Kaiser des neuen Japan bleibt auch in Deutschland ein ehrendes Andenken gelehrt.“

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Dem heimgegangenen Monarchen war es beschieden, über den Geschicken des japanischen Volkes in der bedeutamen Zeit zu walten, wo sich die Umwandlung Japans aus seiner alten Staatsform in eine moderne Großmacht vollzog. Mit dem Deutschen Reich hat der verstorbene Kaiser freundliche Beziehungen unterhalten. In der Trauer, in die das japanische Volk durch sein Hinscheiden verlegt wird, nimmt auch Deutschland aufrichtigen Anteil.

Die Lage in der Türkei.

In der Kammer verlas am 30. Juli der Großvezir die parlamentarische Regierungserklärung. Als Ursachen der gegenwärtigen Lage werden folgende vier Punkte bezeichnet: 1. Ungeheures Eingreifen und ungeheures Unrecht von Beamten bei den Wahlen; 2. Eintritt von Offizieren und Beamten in verschiedene politische Parteien; 3. Verletzung der Gesetze, die über die Bestimmung des Reichs- und Minister befehlen; 4. Anwendung von Mitteln, die mit den konstitutionellen

Prinzipien und der Verfassung nicht zu vereinbaren sind. Die Stelle über den Reichstag in Italien und die auswärtige Politik in der Regierungserklärung lautet: Die Weisungen, führen wir seit zehn Monaten Krieg mit Italien. Wir schätzen die außerordentlichen Opfer der Truppen und der eingeborenen Kämpfer, unserer Brüder in Tripolis und werden, für die Verteidigung des Vaterlandes hoch ein. Wir werden, für die Verteidigung des Reiches und unter der Führung des osmanischen Nationalführers, die Rechte zu verteidigen, bis Grundlagen für den Frieden gefunden sein werden, die mit unseren Rechten, unserer Ehre und unserer Würde vereinbar sind. Was die äußere Politik anbetrifft, so werden wir die unmittelbare nach der Verkündung im Regime eingeleitete Politik nachdrücklich fortführen, die bis Ende Januar 1909 mit einem Erfolg besetzt und mehrmals von der Kammer gebilligt worden ist, weil sie den Wünschen und Interessen der osmanischen Nation entspricht und von den Großmächten gut aufgenommen wird. Die Grundlage unserer Beziehungen zu allen fremden Mächten ist Aufrichtigkeit.

Die Kammer beschloß, die Regierung bis zur Drucksache der Regierungserklärung aufzugeben, während die Regierung die fortwährende Erörterung gefordert hat.

Eine andere Meldung lautet: Die Kammer hat dem Ministerrat mit 113 gegen 45 Stimmen ihr vollständiges Vertrauen ausgesprochen.

Der frühere Deputierte Mianar veröffentlicht in „Adem“ Schriftsätze, welche beweisen sollen, daß die frühere Regierung und das parlamentarische Komitee bei den Deputierten wählen ein Druud ausgeübt haben. — Der Präsident des Senatsgerichts in Damaskus, Wasaf, ist zum Generaldirektor der Posten in Konstantinopel ernannt worden.

Die türkische Regierung ist in Tripolis nicht zufrieden, daß infolge der Haltung des neuen Ministerrats, von dem man ein unparteiisches Vorgehen erwartete, kein Grund vorliege, einen besonderen Parteibeauftrag gegen die gemessene Partei einzuleiten. Alle maßgebenden Organe des Komitees seien deshalb angewiesen, nichts zu unternehmen, was die Erregung der Bevölkerung steigern könnte und jede Beeinträchtigung der Bevölkerung zu unterlassen. — Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, damit sich die blutigen Schläger nicht wiederholen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massaua: Bei dem Bombardement durch die Italiener sind 1000 Menschen getötet. Das Hospital von Suva hat 5000 Wunden am Hospital von Suva erlitten, vielleicht in der Abzucht, es auch unter dem Schutz dieser Wunden zu stellen. Am nicht das Hospital zu treffen, konnten unsere Schritte nicht auf die Truppen, die vom Lager fuhrten und sich unter dem Schutz der Wunden sammelten, schließen. Das Feuer war leicht genug, das Hospital zu treffen.

Von einer bevorstehenden Aenderung in der italienischen Kriegstatistik in Tripolis wissen italienische Blätter zu melden. „Weltgeograph“ berichtet, daß zu diesem Zweck die Regierung den Oberbefehl des Heeres in Tripolis dem General Magno übertragen habe, der sich bereits durch Eroberung von Suva und der Angeln von Bergaz ausgezeichnet hat. General Magno ist beauftragt worden, sofort den neuen Plan auszuführen, der in einem Vormarsch ins Innere von Tripolis besteht. Die Zeitung meldet auch, daß der Angriff auf Suva unmittelbar bevorsteht.

Die italienische Kriegstatistik hat ununterbrochen bis zu 50 und 55 Grad im Schatten an. Die Operationen sind eingeleitet. Auch die Truppen sind vollständig von den Vorposten beschwunden. Die Quellen in der Umgebung der Stadt verlegen; das Wasser muß von weit her transportiert werden. Auch die Operationen bei Anifara, Tobek, Zebana und bei Suva sind durch die windende See vollständig lahmgelegt. Eine Wasserleitung, die vor den nächsten vierzehn Tagen fertiggestellt sein soll, das einzige bemerkenswerte Ereignis ist die Unterwerfung von etwa 200 Arabern in Misrata.

Aus dem Lande des Sternendammers.

Die hochinteressanten Vorgänge, die sich vor einigen Wochen erst als Vorbereitungssache zur bevorstehenden Präsidentenwahl der Vereinigten Staaten von Nordamerika abgezeichnet haben, lenken den Blick unwillkürlich auf die Verhältnisse, aus denen der Ausbruch des amerikanischen Volks in die Spitze der Regierung berufen werden wird. Gefährliche Einblicke in das Gefüge der Parteien und in die eigenartige Stellung des Präsidenten der Republik gibt das Buch „Die Amerikaner“ von Hugo Münsterberg, das vor einiger Zeit im Verlage von C. E. Mittler u. Sohn in Berlin in vierter Auflage erschienen ist.

Der Präsident der nordamerikanischen Republik wird auf vier Jahre von ganzen Volke gewählt. Er ist wiederwählbar, und die Verfassung legt keine Grenze, verbietet also nicht, daß er bis zum Lebensende immer wieder vier Jahre an die Spitze des Landes gestellt wird. Das an Tradition geknüpfte ungeheure Gelebe verbietet aber einen dritten Amtstermin. Seit Washington es ablehnte, zum dritten Male aufgestellt zu werden, gilt es dem konservativen Sinn des Amerikaners als Dogma, daß kein Mann länger als acht Jahre an der Spitze des Landes stehen soll. Von anderer Seite wird heute für eine Veränderung bei der Präsidentenwahl bezüglichen Verfassungsbestimmung plädiert. Man hat, daß die zu häufige Wiederholung der Präsidentenwahl mit ihrer monatlichen Aufregung eine zu empfindliche Störung des wirtschaftlichen Lebens sei. Man schlägt deshalb vor, daß jeder Präsident

Berliner Börse, 30. Juli 1912

Handelskurse: 1. Fr. Lpz. Lfd. Präm. 80 Pf. ... 2. W. W. 170, 1. 1. 12. ... 3. Gold-R. 1. 1. 12. ... 4. ... 5. ...

Main table of stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Lose', 'Schiffahrt', 'Banken', 'Industrie', and 'Metalle'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing market commentary or news related to the stock exchange.

Vertical text on the left side of the page, likely containing market commentary or news related to the stock exchange.